

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]

Gesendet: Mittwoch, 20. Oktober 2010 22:28

An: sigrid.wilhelm@bmukk.gv.at; peter.puller@bmwf.gv.at; rolf.gleissner@wko.at; igp@kphgraz.at; sek2.baki10@910810.ssr-wien.gv.at; post.fpkclub@noel.gv.at; e.walter@kathkids.at; ruth.odehnal@theresianum.ac.at; andrea.stauffer@wavenet.at; iris.radler@ottensheim.at; elke.pallhuber@aon.at; bettina.klinger@diakonie.at; klaus.schwertner@caritas-wien.at

Betreff: Sammelmeldung 21.10.2010

Plattform EduCare

elementare und außerschulische Bildung

Informationsdienst

<http://www.Plattform-EduCare.org>

informationsdienst@Plattform-EduCare.org

<http://www.facebook.com/pages/Wien-Austria/Elementarpadagogik/177989085992?ref=sgm>

SAMMELMELDUNG

Die Regierung kann nun zweieinhalb Jahre ohne Wahlen Reformen angehen. Vor allem im Elementarbildungswesen. Wie im gesamten Bildungsbereich auch.

Bildungspolitischen Wahnsinn und Verrat an der Zukunft Österreichs beenden!**Schluss mit dem Kompetenz-Dschungel - Wir brauchen eine bundesweite Infrastruktur**

Die inhaltlichen und finanziellen Forderungen zur Qualitätsanhebung in den Elementareinrichtungen liegen längst - untermauert von vielen Studien - auf den Tischen der politisch Verantwortlichen (in 4 Ministerien, bei 9 Ländern und in 2.357 Gemeinden).

Die derzeitige Aufsplitterung in Länder- und Gemeindekompetenzen (und die damit einhergehenden verschiedenartigen Gesetze und Verordnungen) widerspricht allen Forderungen nach Kostentransparenz, ist für die Berufsgruppe, die Trägerorganisationen und insbesondere für Kinder und Eltern/Mütter/Väter immens nachteilig: sie verhindert vor allem optimale Arbeit für die anvertrauten Kinder.

Die Verantwortung des **Bundes** für die gleichwertige Anerkennung aller pädagogischen Berufe - somit auch für die Elementarpädagogen/innen - ist eine dringende Notwendigkeit.

Das derzeit aus dieser Aufsplitterung hervorgehende sehr unterschiedliche Dienst -und Besoldungsrecht macht den Beruf der ElementarpädagogInnen -

auch für tertiär ausgebildete PädagogInnen - unattraktiv.

Ebenso dringend geboten halten wir ein bundesweit **gültiges (Rahmen-) Gesetz für die Qualitätssicherung** der elementaren Bildungseinrichtungen. Die Plattform EduCare hat bereits vor Jahren einen [Entwurf für ein solches Gesetz](#) vorgelegt.

Wir fordern daher, dass für alle Bildungseinrichtungen - also auch die elementarpädagogischen Einrichtungen -

- ein bundesweit **einheitliches Dienst- und Besoldungsrecht** geschaffen wird
- sowie die **Grundsatz- und Ausführungsgesetzgebung ausschließlich beim Bund**

liegt.

Der Elementarbereich ist drastisch unterfinanziert

Der Elementarbereich ist drastisch unterfinanziert und schreibt somit die Chancengerechtigkeit weiter fort.

Die Herstellung geeigneter Rahmenbedingungen für qualitativ hochwertige Bildung kostet Geld: ziemlich genau doppelt so viel, wie Österreich bisher für den Elementarbereich zur Verfügung stellt (0,54% von 6 % BIP, das sind rund 1,5 Mrd. €). Damit wären wir im EU-Vergleich noch immer weit hinter jenen Ländern, die der elementaren Bildung jenen Stellenwert einräumen, der den wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen entspricht (Schweden knapp 2% von 7,5 % aus). Zudem zeigt die Verteilung der öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung auf die verschiedenen Bereiche des Bildungswesens den geringen Stellenwert der Elementarbildung in Österreich auf (Quelle: Nationaler Bildungsbericht 2009):

27%	Tertiärbereich
24%	Sekundarstufe 1
22%	Sekundarstufe 2
19%	Primarbereich
7%	Elementarbereich

Diese Relationen sind bildungspolitisch nicht vertretbar!

Alle österreichischen Kinder sind von der Unterfinanzierung betroffen.

Für Kinder aus benachteiligten Familien ist diese aber *besonderes gravierend*.

In einem ausreichend dotierten Elementarbereich könnten die PädagogInnen den Rahmen-Bildungsplan umsetzen und damit präventiv und ausgleichend wirken.

BildungsRahmenPlan schwer umsetzbar

Der höchst begrüßenswerte BildungsRahmenPlan ist für alle Kinder in elementaren Bildungs- und -betreuungseinrichtungen im Alter von 0 - 6 Jahren gültig und sollte ab sofort umgesetzt werden.

Die bloße Existenz eines BildungsRahmenplanes verändert die Realität in den Kindergärten aber nicht. Er muss auch umgesetzt werden.

Und das ist unter den derzeit herrschenden Bedingungen nur sehr eingeschränkt möglich:

- oft 25 Kinder in der Gruppe
- viel zu wenig Zeit für alle Arbeiten, die außerhalb der unmittelbaren Arbeit mit den Kindern geleistet werden muss (Vor- und Nachbereitungszeit)
- schlechter Verdienst der PädagogInnen
- niedriges Ausbildungsniveau im Vergleich der EU
- unzureichende Weiterbildungsmöglichkeiten

Gemeinsame Ausbildung aller Pädagogen/innen unabdingbar

Traditionell ist die Ausbildung von Kindergarten- und HortpädagogInnen in Österreich an die LehrerInnenausbildung gekoppelt. Die gemeinsame Ausbildung aller PädagogInnen ist auch in Österreich eine der wichtigsten Forderungen.

Wir betrachten es als besonders geglückt, dass sich die Ministerinnen Schmied/SPÖ und Karl/ÖVP (bzw. davor Minister Hahn) unabhängig von ihrer jeweiligen Partei zu einem diesbezüglichen Jahrhundertprojekt einigen konnten, in das wir große Hoffnung setzen: die von den Ministerinnen gemeinsam eingesetzte ExpertInnengruppe unter der Leitung von Peter Härtel hat ihren detaillierten Endbericht zu den im Dezember 2009 präsentierten Empfehlungen über Vorschläge für eine Neugestaltung der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller pädagogischen Berufe vorgeleg⁽¹⁾:

http://www.bmukk.gv.at/medienpool/19218/labneu_endbericht.pdf

Die Bedingungen der pädagogischen Arbeit mit Kindern haben sich in den letzten Jahrzehnten radikal geändert, sodass die bisherigen Ausbildungsstrategien auch angesichts der vielfältigen Bemühungen der einzelnen Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik **nicht** mehr als ausreichend angesehen werden müssen.

Es ist nicht einzusehen, warum das Berufsfeld der ElementarpädagogInnen mit dem bildungshierarchisch geringwertigsten Ausbildungssystem bedient werden soll.

Dass die Grundausbildung von ElementarpädagogInnen nach wie vor auf der Sekundarebene – in der BAKIP – erfolgen soll, widerspricht allen internationalen Erfahrungen und ist für die Gleichwertigkeit der zukünftigen PädagogInnen **diskriminierend**. Sie ist daher, auch aus Gründen der Durchlässigkeit für den weiteren Studienverlauf – ausgenommen für eine Übergangszeit - aus unserer Sicht strikt abzulehnen!

Wir meinen, dass die BAKIP in ein Oberstufenrealgymnasium (ORG) mit sozialpädagogischem und musisch-kreativem Schwerpunkt umgewandelt werden soll. Damit würde sie zu einer vorbereitenden Schule für alle pädagogischen Berufe so wie etwa auch kaufmännische oder technische BHS nicht als Grundausbildung für ein WU/TU-Studium angesehen werden, sondern allenfalls einen leichteren/besseren Zugang zu diesen Studien bieten.

Unser Anliegen ist eine an europäischen Richtlinien ausgelegte Neu-, bzw. Umstrukturierung der Aus- und Weiterbildung von Pädagoginnen und Pädagogen in elementaren Bildungseinrichtungen für Kinder von 0-6 Jahren in Österreich.

Anzustreben ist eine Ausbildung für alle PädagogInnen auf gleichwertigem Masterniveau.

Da das elementare Bildungswesen Ländersache ist, bestehen in den Bundesländern sehr unterschiedliche Berufsprofile in den elementaren Bildungseinrichtungen. Um ein national einheitliches Bild von allen im elementaren Bildungsbereich tätigen Professionen zu erlangen, bedarf es unbedingt klar definierter **bundesweit gültiger Berufsprofile**, die in breit gefächerten Arbeitsgremien unter Einbeziehung der Betroffenen erarbeitet werden müssen.

Übergangsregelungen

Zur Aufrechterhaltung der Bildung und Betreuung in den elementaren Bildungseinrichtungen sind entsprechende Übergangsregelungen für die Übernahme der bislang tätigen Personen mit den unterschiedlichen Ausbildungsabschlüssen auszuarbeiten:

- BAKIP 5jährig und Kolleg.
- 3 jährige BAKIP-Schulversuche, die ab Herbst 2010 starten.
- andere Ausbildungseinrichtungen, die HelferInnen/AssistentInnen, KindergruppenbetreuerInnen usw. ausbilden
- bestehende tertiäre Ausbildung (3 Hochschullehrgänge)

Positiv sehen wir, dass die Möglichkeit des **Quereinstiegs** aus anderen Berufen und das Professionalisierungskontinuum als Basis für lebensbegleitende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen empfohlen wird.

Sofortmaßnahmen dringend erforderlich

Wir fordern alle VerantwortungsträgerInnen in Bund, Ländern und Gemeinden folgende organisatorische Veränderungen in einem **ersten Schritt** dringend in Angriff zu nehmen:

- Reduzierung der Gruppengröße (je nach Alter der Kinder von 14 - 20 Kinder)
- mindestens 2 Fachkräften pro Gruppe und
- mehr Vorbereitungsstunden.
- Freistellung für kostenlose einschlägige Fort- und Weiterbildung
- für alle neu anstehenden Aufgaben - wie zum Beispiel Sprachförderung, verpflichtendes letztes Kindergartenjahr - braucht es vermehrt Weiterbildungsangebote und die stärkere Einbindung von Personen mit anderer Muttersprache.

Jetzt wäre Zeit, Österreich zu ändern

Der offensichtliche Mangel an Umsetzungswillen zwischen den Betroffenen - vier Ministerien, neun Länder, 2.357 Gemeinden, unterschiedlichste TrägerInnen-Einrichtungen und Interessensvertretungen - lässt begrüßenswerte Ansätze an verschiedenen „Fronten“ scheitern.

Die Spitzen der Regierung scheinen rat- oder mutlos zu sein, statt sich *gemeinsam* bereit zu erklären, ohne Scheuklappen und vorgeblich ideologischen Barrieren eine Reform einzuläuten, die von der Elementarpädagogik bis zur Universität die Bildung auf komplett neue, tragfähige Säulen stellt.

Eine „Verlängerung“ der Bildung, wie sie derzeit propagiert wird, kann in ihrer Konsequenz im Elementarbildungswesen nur als abschreckendes Beispiel gesehen werden, die Regelungen in manchen Bundesländern können aber durchaus Vorbild und Grundlage für die Erarbeitung gemeinsamer Standards „nach oben“ gesehen werden.

Die zuständigen Ministerinnen sind offensichtlich gewillt, hier entsprechende Schritte zu setzen: sie müssen ihre Arbeit aber auch von der gesamten Regierung gewollt und unterstützt wissen.

Wir müssen alle am gleichen Strang ziehen: wir brauchen inhaltliche und legislative Änderungen, wir brauchen mehr Geld – was derzeit aus der Politik kolportiert wird, ist „bildungspolitisch verrückt und ein Verrat an der jungen Generation“ (Christoph Badelt, Rektor WU Wien).

Die Plattform EduCare ist gerne bereit - soweit dies in ihrem Einflussbereich liegt -, Entscheidungsträger/innen Fortbildungsreferenten/innen und Experten/innen, zu vernetzen und somit die partnerschaftliche Behandlung von Fragestellungen zu ermöglichen bzw. zur Entwicklung von Umsetzungsstrategien, die allen Beteiligten gerecht werden, beizutragen!

Plattform EduCare

elementare und außerschulische Bildung

(1) Zum Endbericht der ExpertInnengruppe "Lehrer/innenbildung NEU - die Zukunft der pädagogischen Berufe" sind mehrere Stellungnahmen seitens der Plattform EduCare und ihrer nahestehenden Gruppierungen und Personen den zuständigen Ministerien vorgelegt worden:

- [Statement der Arbeitsgruppe Elementar- und Primärpädagogik in der Steiermark](#)
- [Stellungnahme Univ. Innsbruck, Dr. Josef Christian Aigner](#)
- [Stellungnahme der Initiative Kindergartenpädagogik NEU](#)
- [Stellungnahme der Plattform EduCare](#)
- [Stellungnahme des Österreichischen Dachverbandes der Berufsgruppen von Kindergarten- und HortpädagogInnen](#)

Siehe auch: [Schreiben des Steuerteams der Plattform EduCare an die Mitglieder des Parlamentarischen Unterrichts- und Wissenschaftsausschusses zur Zukunft der Elementarpädagogik in Österreich](#)

IHR ENGAGEMENT IST GEFORDERT

BRINGEN AUCH SIE SICH PERSÖNLICH EIN UND FORDERN SIE MASSNAHMEN FÜR DIE NEUORDNUNG DER ELEMENTARPÄDAGOGIK IN ÖSTERREICH - EINE MUSTER-E-MAIL FINDEN SIE → [HIER](#). VERVOLLSTÄNDIGEN, ERGÄNZEN, ERWEITERN SIE DIE MAIL UM IHRE GEDANKEN – UND VERGESSEN SIE NICHT, NAMEN UND ADRESSE ANZUFÜHREN!

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 20.10.2010 22:25:30

BILDUNGSPOLITISCHEN WAHNSINN UND VERRAT AN DER ZUKUNFT ÖSTERREICHS BEENDEN!

Schluss mit dem Kompetenz-Dschungel - Wir brauchen eine bundesweite Infrastruktur

Der Elementarbereich ist drastisch unterfinanziert

BildungsRahmenPlan schwer umsetzbar

Gemeinsame Ausbildung aller Pädagogen/innen unabdingbar

Übergangsregelungen

Sofortmaßnahmen dringend erforderlich

Jetzt wäre Zeit, Österreich zu ändern

IHR ENGAGEMENT IST GEFORDERT

MEINUNG

WKÖ-Gleißner: Österreichs Familien haben es gut - Aber Nachholbedarf in der Kinderbetreuung - Familienpolitik verhindert Kinderarmut in finanzieller, aber nicht in demografischer Hinsicht- Frauen mit höherer Ausbildung fehlen Anreize zur Familiengründung

TOP-THEMA

BM Claudia Schmied und BM Beatrix Karl stellen Herbstaktivitäten zur LehrerInnenbildung NEU vor - Zwischenbilanz zum breiten Kommunikationsprozess

ExpertInnengruppe unter Vorsitz von Dr. Peter Härtel

Zwischenbilanz: Punkte weitgehender Übereinstimmung

Neue Expertisen bei 3 Themenfeldern

Bundesweite Stakeholderkonferenzen "LehrerInnenbildung NEU. Die Zukunft der pädagogischen Berufe"

TIROLER TAGESZEITUNG "Leitartikel" vom 21. Oktober 2010 von Michael Sprenger "Lasst Karl und Schmied arbeiten!" - In der Regierung herrscht Mittelmaß. Nur bei der Bildung wäre ein rascher Wurf möglich. Doch es fehlt an Mut.

→ Siehe auch: Bildungspolitischen Wahnsinn und Verrat an der Zukunft Österreichs beenden!

ZUR DISKUSSION

[TIROLER TAGESZEITUNG "Leitartikel" vom 20. Oktober 2010 von Gabriele Starck "Das Schweigen macht uns zu Lämmern" - Österreichs Bildungsmisere lässt sich nicht mit Geld allein beheben. Nötig ist eine tiefgreifende Reform ohne Scheuklappen und Tabus.](#)

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN

[PH-Online](#)

[Fortbildung für Kindergartenpädagog/inn/en an der KPH Graz](#)

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN (OHNE PH'EN)

[Übersicht](#)

BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

[Übersicht BAKIP's](#)

[Übersicht Aus- & Fortbildung an BAKIP's](#)

[Kolleg für Kindergartenpädagogik an der BAKIP10](#)

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

[Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen.](#)

[Bundesländerübergreifender BildungsRahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich - Endfassung, August 2009](#)

[Bildungsplan-Anteil zur sprachlichen Förderung in elementaren Bildungseinrichtungen Aktualisierte Version, Juni 2009](#)

[Modul für das letzte Jahr in elementaren Bildungseinrichtungen](#)

[Leitfaden für die häusliche Betreuung sowie die Betreuung durch Tageseltern](#)

[Bildungspläne für Elementarpädagogische Einrichtungen in Österreich](#)

[Empfehlungen der ExpertInnen-Gruppe vom 18.12.2009 zur PädagogInnen-Ausbildung Neu](#)

[Ergänzende Expertise zu LehrerInnenbildung NEU. Die Zukunft der pädagogischen Berufe](#)

BILDUNGSPOLITIK

[Österreich darf nicht Niederösterreich werden](#)

BM:UKK / BMWF

[BM:UKK-Homepage](#)

[BMWF Homepage](#)

[Mittagsjournal, 20.10.2010 - Lehrerausbildung Neu](#)

[Neue Lehrerausbildung bis Jahresende geplant](#)

[Einheitliche Pädagogenbildung](#)

[Lehrerausbildung Neu](#)

[Neue Lehrer-Ausbildung auf Uni-Niveau](#)

[Bildungsministerin Schmied zu Lehrerbildung NEU: Attraktive Perspektiven für ...](#)

[BM Claudia Schmied: Jetzt die notwendigen Reformen im Bildungssystem umsetzen](#)

BM Claudia Schmied und BM Beatrix Karl stellen Herbstaktivitäten zur ...

→ Siehe auch: [BM Claudia Schmied und BM Beatrix Karl stellen Herbstaktivitäten zur LehrerInnenbildung NEU vor - Zwischenbilanz zum breiten Kommunikationsprozess](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

[St.Pölten: Debatten um Bildung und Finanzen](#)

[Verhandlungspause - Schmied: „Ball bei Ländern“](#)

BURGENLAND

[Meldungen: keine](#)

KÄRNTEN

[Meldungen](#)

[LH Dörfler und LHStv. Scheuch: Doppelgeleisigkeiten im Bildungssystem abschaffen - Reformen sind dringend notwendig](#)

NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen:](#)

[KO-StV. Königsberger: Schwere Gesetzesmängel bei der Personenbeförderung sind zu beheben - Sicherheit der Kinder in Omnibussen muss erhöht werden](#)

[Bildung: "Weg von der Misch-Kompetenz"](#)

OBERÖSTERREICH

[Meldungen:](#)

[Ärger über Kinderbetreuungsgesetz](#)

[Appell an Hummer - "Betreuungsgesetz wird zur Belastung für Pädagogen"](#)

SALZBURG

[Meldungen:](#)

[Kinderbetreuungsangebot in Rif erweitert und Qualität verbessert](#)

STEIERMARK

[Meldungen:](#)

[Ein Pakt noch ohne Grausames](#)

TIROL

[Meldungen:](#)

[Mehr mobile Pflege, Bildung bleibt Zankapfel](#)

VORARLBERG

[Meldungen:](#)

[Experten diskutierten über Armut im Land](#)

WIEN

[Meldungen: keine](#)

ELEMENTARBILDUNG**Religiöse Entwicklung: Die ersten Jahren entscheiden**

→ Siehe auch: [Religionspädagogischer BildungsRahmenPlan](#)

GENDER**Das "Herrenhaus"* Europa - Was bringen die ewigen Statistiken über Geschlechterungleichheiten, wenn sich faktisch nichts ändert?**

[Endlosschleife Gleichstellung](#)

[EU-Programm ändert wenig](#)

[Vorkauen von Statistiken](#)

KINDERRECHTE

[Kinder gehören nicht ins Gefängnis - Petition: UN-Kinderrechtskonvention soll in österreichischer Verfassung verankert werden](#)

MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION

[Missbrauch des Staates - Die Empörung über die Abschiebung von Kindern hält an. Korrektur in Einzelfällen kann den Kurswechsel nicht ersetzen. Eine großzügige Bereinigung langjähriger Asylverfahren scheint angemessener als Abschiebung integrierter Kinder.](#)

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

[Übersicht](#)
[Inskription](#)

PLATTFORM EDUCARE

[Selbstverständnis](#)
[Forderungen](#)
[Mitglieder](#)
[Presse-Aussendungen](#)
[Die Regierung kann nun zweieinhalb Jahre ohne Wahlen Reformen angehen. Vor ...](#)

NEUE MITGLIEDER DER PLATTFORM EDUCARE

[Ruth ODEHNAL](#)
[Andrea STAUFFER](#)
[Mag.^a Iris RADLER-GOLLNER](#)
[Elke PALLHUBER](#)

VERWALTUNGSREFORM

[Kein Programm für Österreich - Von der Verwaltungsreform bis zur Bildung: Diese große Koalition scheitert](#)

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße Pädagogik - Veranstaltungen und Events](#)
[Religionsgemeinschaften unterstützen Aktion "Kinder gehören nicht ins Gefängnis"](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

MEINUNG

WKÖ-Gleißner: Österreichs Familien haben es gut - Aber Nachholbedarf in der Kinderbetreuung - Familienpolitik verhindert Kinderarmut in finanzieller, aber nicht in demografischer Hinsicht- Frauen mit höherer Ausbildung fehlen Anreize zur Familiengründung

Wien (OTS/PWK795) - "Familie macht reich - an Sinn, an Werten, an Lebensqualität. Doch auch finanziell haben es Österreichs Familien relativ gut", betonte Rolf Gleißner, stv. Leiter der Abteilung Sozialpolitik in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), gestern,

Dienstag, im Rahmen der Enquete "macht Familie arm?...und/oder reich?" des Katholischen Familienverbandes Österreichs.

Neben einem hohem Einkommensniveau und einer sehr gleichmäßigen Einkommensverteilung hat Österreich im internationalen Vergleich auch ein großzügiges System der Familienförderung: Bei Geldleistungen liegt Österreich unter allen OECD-Staaten hinter Luxemburg an zweiter Stelle. Mit ihren Beiträgen zum Familienlastenausgleichsfonds und zur Krankenversicherung finanzieren die österreichischen Unternehmen ca. zwei Drittel der Familienleistungen.

Auch arbeitsrechtlich sind Österreichs Mütter und Väter gut abgesichert: Zum Mutterschutz und umfassenden Kündigungsschutz kommen das Recht auf Elternteilzeit und der Pflegeurlaub. Jedoch bei den Sachleistungen, das sind vor allem Kinderbetreuungseinrichtungen, liegt Österreich unter dem OECD-Durchschnitt.

Das österreichische System verhindert Kinderarmut in finanzieller, nicht aber in demografischer Hinsicht: Österreich hat eine sehr niedrige Fertilität, wobei Kinderwunsch und Kinderzahl mit dem Bildungsgrad der Frau noch sinken. "Fazit: Familien machen in Österreich nicht arm, es ist eher umgekehrt: Unser System gibt Frauen mit niedrigerem Bildungsniveau und Einkommen einen viel stärkeren Anreiz zur Familiengründung als Frauen mit höherer Ausbildung", stellte Gleißner fest.

Um echte Wahlfreiheit für Eltern zu schaffen, muss die externe Kinderbetreuung ausgebaut werden. Kindergärten, aber auch Schulen müssen Angebote für den Nachmittag und die Ferien haben. "Das fördert eine armutsvermeidende Beschäftigung und die Familiengründung", ist Gleißner überzeugt. Schließlich darf an der Ausbildung der Kinder nicht gespart werden, da niedrige Einkommen fast immer mit einem niedrigen Bildungsniveau einhergehen. (AC)

Rückfragehinweis:

Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit
Dr. Rolf Gleißner
Tel.: +43 (0)5 90 900 4288
E-Mail: rolf.gleissner@wko.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

TOP-THEMA

BM Claudia Schmied und BM Beatrix Karl stellen Herbstaktivitäten zur

LehrerInnenbildung NEU vor - Zwischenbilanz zum breiten Kommunikationsprozess

Wien (OTS) - "Die Qualität und Chancengerechtigkeit des österreichischen Bildungssystems stehen im Zentrum unserer politischen und gesellschaftlichen Überlegungen. Es geht um die Umsetzung der Bildungsreformen. Noch in dieser Legislaturperiode soll die LehrerInnenbildung NEU starten, an der wir intensiv arbeiten", betonten Bildungsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl heute in einem Medientermin.

Die neue PädagogInnenbildung soll die Aus- und Weiterbildung der LehrerInnen, **Kindergarten-** und SozialpädagogInnen umfassen. Sie muss den gesellschaftlichen Entwicklungen und den Rahmenbedingungen im 21. Jahrhundert Rechnung tragen. Im Zentrum aller Überlegungen stehen die jungen Menschen in ihrer persönlichen Lebensumgebung und ihre Lebensperspektiven in der Gesellschaft von morgen. Hinsichtlich der bevorstehenden Pensionierungswelle bis 2025 ist es gerade jetzt von besonderer Bedeutung, attraktive Perspektiven für den Lehrberuf zu schaffen. Ziel ist eine der Bologna-Struktur entsprechende durchlässige und zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen abgestimmte LehrerInnenbildung auf tertiärem Niveau mit Aufnahmeverfahren.

"Der Lehrberuf ist ein Beruf mit Zukunft. Die LehrerInnenbildung NEU als gemeinsame Ausbildung für alle PädagogInnen wird eine neue Generation von LehrerInnen prägen. Motivierte und leistungsorientierte LehrerInnen sind der Schlüssel zum Bildungserfolg unserer Jugend", sagte Bildungsministerin Claudia Schmied. "Es geht um eine neue Qualität in der Ausbildung für alle PädagogInnen. Sie sind die ArchitektInnen der Zukunft und brauchen daher die bestmögliche Qualifikation", verdeutlichte Wissenschaftsministerin Beatrix Karl.

ExpertInnengruppe unter Vorsitz von Dr. Peter Härtel

Im März 2010 wurde von der ExpertInnengruppe "LehrerInnenbildung NEU - Die Zukunft der pädagogischen Berufe" unter Vorsitz von Dr. Peter Härtel ein detaillierter Endbericht zur Neugestaltung der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller pädagogischen Berufe vorgelegt. Dieser ExpertInnenbericht wird als solide Grundlage gesehen, der die Anforderungen an den pädagogischen Beruf gut aufgreift und mit den auf EU-Ebene zentralen Themenbereichen konform geht.

In den letzten Monaten haben dazu zahlreiche Interessensgruppen und Stakeholder ihre Meinungen und Sichtweisen im Hinblick auf die Herausforderungen, die durch die gesellschaftliche Entwicklung auf PädagogInnen zukommen werden, eingebracht. Rund 50 Gesprächsrunden haben stattgefunden, über **30 schriftliche Stellungnahmen** sind erfolgt.

"Uns war wichtig, in der ersten Phase des Kommunikationsprozesses

alle Beteiligten, Interessensgruppen und Stakeholder aktiv in die Diskussion über dieses Jahrhundertprojekt einzubinden, um die Vorschläge auf ihre Umsetzbarkeit zu überprüfen", hielt Bildungsministerin Claudia Schmied fest. "Die Grundlagen für eine neue, zeitgemäße und wissenschaftlich fundierte Ausbildung der PädagogInnen sind damit gelegt. Jetzt geht es darum, die Weichen für die Umsetzung zu stellen", so Wissenschaftsministerin Beatrix Karl.

Zwischenbilanz: Punkte weitgehender Übereinstimmung

Zwischenbilanz: Punkte weitgehender Übereinstimmung
Aus den Beobachtungen und Einschätzungen lassen sich folgende Punkte weitgehender Übereinstimmung ableiten:

- eine durchgehend positive Haltung zum generellen Veränderungsbestreben im Bereich der pädagogischen Aus-, Fort- und Weiterbildung
- die europäische Studienarchitektur (Bologna-Struktur) an sich - mit den akademischen Abschlüssen Bachelor, Master und PhD
- eine hochwertige Ausbildung aller pädagogischen Berufe auf tertiärem Niveau mit gemeinsamen Kernbereichen
- **die Aufwertung der Kindergartenpädagogik und Primarstufe**
- das 3-Phasen-Modell (Grundbildung - Induktion - Weiterbildung) als Kontinuum professioneller Entwicklung
- die Durchführung von Eignungsüberprüfung und Aufnahmeverfahren mit vergleichbaren Standards
- ein hoher Anteil an Selbstreflexionsmöglichkeiten und verpflichtenden Selbstreflexionsphasen in der Aus- und Weiterbildung
- die Kompetenzorientierung und die Festlegung pädagogischer Kernkompetenzen
- die Möglichkeit zu einer frühen Berufspraxis
- eine hohe Durchlässigkeit des Systems (vertikale und horizontale Mobilität), flexible Ein-, Aus- und Umstiegsmöglichkeiten, auch für QuereinsteigerInnen, im Austausch mit Arbeitswelten
- neue Aufgabenprofile für pädagogische Berufe
- Qualifizierungsmaßnahmen für LehrerInnenbildnerInnen („train-the-trainer“-Ausbildungen)

Neue Expertisen bei 3 Themenfeldern

Neben der allgemein positiven Grundhaltung zu den Empfehlungen des ExpertInnenberichts wurde in den Gesprächen und Stellungnahmen deutlich, dass zu den Themenfeldern "Ausbildungsmodell und Einsatz in pädagogischen Berufsfeldern", "Gestaltung der Induktionsphase" sowie "Organisationsmodell und Organisationsentwicklung der beteiligten Institutionen" noch Klärungsbedarf besteht. Dazu haben Bildungsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl weitere Expertisen eingeholt, die unter <http://www.bmukk.gv.at/lehrerinnenausbildungneu> veröffentlicht sind.

Bundesweite Stakeholderkonferenzen "LehrerInnenbildung NEU. Die Zukunft

der pädagogischen Berufe"

Von Mitte November bis Anfang Dezember 2010 laden Bildungsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl zu bundesweiten Stakeholderkonferenzen mit dem Titel "LehrerInnenbildung NEU. Die Zukunft der pädagogischen Berufe", die in Linz (12.11.), Innsbruck (26.11.), Wien (30.11.) und Graz (3.12.) stattfinden.

Der TeilnehmerInnenkreis besteht aus VertreterInnen der Ausbildungsinstitutionen (Universitäten, Pädagogische Hochschulen, Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik, Bildungsanstalten für Sozialpädagogik), verschiedener Interessensgruppen von PädagogInnen, der Schulpartner, der Schulbehörden, der Sozialpartner, der Industriellenvereinigung und der ARGE-Lehrer in der GÖD. VertreterInnen der Landesregierungen, das BIFIE sowie die Bildungs- und WissenschaftssprecherInnen der im Nationalrat vertretenen Parteien sind ebenso eingebunden.

Ziel der Stakeholderkonferenzen ist es, das wechselseitige Verständnis für die Interessen der anderen Stakeholder zu erhöhen, über die Eckpunkte des Modells zu informieren und Klarheit und Kraft für die Umsetzung zu gewinnen. "Ich freue mich über die aktive Mitarbeit aller Beteiligten. Die vier regionalen Stakeholderkonferenzen sind der nächste wichtige Schritt, bevor wir in die legislative Umsetzung gehen", betonte Bildungsministerin Claudia Schmied. "Wir gehen auch ganz neue Wege in der Kooperation der Bildungseinrichtungen. Ich freue mich auf eine konstruktive Diskussion bei den jetzt kommenden Stakeholderkonferenzen, damit wir mit dieser zukunftsweisenden Ausbildung der PädagogInnen beginnen können", sagte Wissenschaftsministerin Beatrix Karl abschließend.

Detaillierte Presseinformationen unter
<http://www.bmukk.gv.at/lehrerinnenbildungneu>
<http://www.bmwf.gv.at>

Rückfragehinweis:

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
Presse: Mag. Sigrid Wilhelm
Tel.: +43 1 53120 5030
mailto: sigrid.wilhelm@bmukk.gv.at

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
Presse: Peter Puller
Tel.: +43 1 531 20 9006
mailto: peter.puller@bmwf.gv.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4920/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

TIROLER TAGESZEITUNG "Leitartikel" vom 21. Oktober 2010 von Michael Sprenger "Lasst Karl und Schmied arbeiten!" - In der Regierung herrscht Mittelmaß. Nur bei der Bildung wäre ein rascher Wurf möglich. Doch es fehlt an Mut.

Innsbruck (OTS) - Wenn dieser Bundesregierung Mut unterstellt werden soll, dann jener zum Mittelmaß. Mag sein, dass die Kunst der Mittelmäßigkeit der großen Koalition innewohnt. Dann sollte man sich jedoch von der Phrase von der "großen Koalition, die große Probleme lösen kann" verabschieden. Stopp! Eine Ausnahme bilden die beiden Ministerinnen Beatrix Karl (Wissenschaft) und Claudia Schmied (Bildung). Auch wenn beide in der jüngeren Vergangenheit nicht unbedingt sattelfest agierten, so haben sie eine Bildungsvision, für die sie nicht zum Arzt geschickt und für die sie auch nicht von ihren eigenen Parteifreunden weiter ausgebremst werden sollten. So musste sich Karl zuletzt der Häme des ÖAAB aussetzen und Schmied kann sich nie ganz sicher sein, ob Kanzler Werner Faymann noch zu ihr steht. Wir dürfen Faymann und Josef Pröll ruhig unterstellen, dass sie wissen, dass es in Österreich einen großen bildungspolitischen Wurf braucht. Sie haben nur nicht den Mut, sich mit den Landesfürsten oder mit der Lehrgewerkschaft anzulegen. Sie hätten aber zwei Ministerinnen in jeweils ihren eigenen Reihen und in ihrem gemeinsamen Regierungsteam, die tatsächlich einen programmatischen Ansatz verfolgen.

Was liegt also näher, als dass Pröll und Faymann ihren beiden Ministerinnen einen klaren Auftrag für eine bildungspolitische Erneuerung - vom Kindergarten bis zur Universität - erteilen. Wenn Schmied und Karl dann ohne parteipolitische Tabus und abseits von Klientelpolitik und gemeinsam mit Experten und vernünftigen Oppositionspolitikern an der Realisierung dieses Auftrages arbeiten, dann würden letzten Endes Pröll und Faymann davon profitieren. Schmied und Karl könnten Kanzler und Vizekanzler so einen Ausweg aus der Mittelmäßigkeit aufzeigen, wenn diese den Mut dazu hätten.

Rückfragehinweis:

Tiroler Tageszeitung, Chefredaktion , Tel.: 05 04 03 DW 610

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/213/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

➔ **Siehe auch: [Bildungspolitischen Wahnsinn und Verrat an der Zukunft Österreichs beenden!](#)**

ZUR DISKUSSION

TIROLER TAGESZEITUNG "Leitartikel" vom 20. Oktober 2010 von Gabriele Starck "Das Schweigen macht uns zu Lämmern" - Österreichs Bildungsmisere lässt sich nicht mit Geld allein beheben. Nötig ist eine tiefgreifende Reform ohne Scheuklappen und Tabus.

Innsbruck (OTS) - Österreichs Uni-Chefs fühlen sich nicht ernst genommen. Zu Recht: Es ist ein Hohn, dass die Regierungsspitze die Rektoren erst am 22. November zum Gespräch bittet - dann, wenn die Budgetverhandlungen längst abgeschlossen sind. Sehr viel schlimmer als gering geschätzte Rektoren und **sogar schlimmer als massiv unterfinanzierte Universitäten ist jedoch die Tatsache, dass die Regierungsspitze Bildung insgesamt nicht ernst nimmt.**

Anders ist es nicht zu erklären, dass Rot und Schwarz innerhalb der Koalition trotz wegbrechender Argumente an ihren jeweiligen politischen Spielchen und ideologischen Justament-Standpunkten festhalten - egal ob es um Studiengebühren geht oder um eine gemeinsame Schule für die 10- bis 14-Jährigen. Anders ist es auch nicht zu erklären, dass Bund und Länder seit Wochen Zeit damit vergeuden, über die Lehrer-Zuständigkeit zu streiten. Und anders kann auch das anhaltende Schweigen von Werner Faymann (SPÖ) schwer interpretiert werden. Dass er bislang nicht Partei ergriffen hat und sich durch alle Bildungsdiskussionen mit vagen Aussagen laviert hat, ist ihm nicht zugutezuhalten, sondern vorzuwerfen. Als Bundeskanzler hat er nicht diplomatisch zu sein, sondern muss etwas vorantreiben. Und obwohl eine lange wahlkampffreie Zeit angebrochen ist, ist er wie auch Vizekanzler Josef Pröll (ÖVP) bislang **die Ansage schuldig geblieben, dass man nun gemeinsam bereit ist für den großen Wurf: eine Reform, die vom Kindergarten bis zur Universität die Bildung auf komplett neue, tragfähige Säulen stellt.** Keiner der beiden hat bislang eingestanden, dass die alten Pfeiler morsch und nicht mehr imstande sind, Österreich in eine erfolgreiche Zukunft zu führen. Aber der große Wurf ist längst überfällig und der wird nicht nur viel Geld, sondern auch Überwindung kosten, ideologische Barrieren einzureißen.

Rückfragehinweis:

Tiroler Tageszeitung, Chefredaktion , Tel.: 05 04 03 DW 610

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/213/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

**AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR
ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN
PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN**

Fortbildung für Kindergartenpädagog/inn/en an der KPH Graz

Das Fortbildungsangebot dient der Professionalisierung von Pädagoginnen und Pädagogen in verschiedenen pädagogischen Handlungsfeldern. Dazu entwickeln wir bedarfsorientierte Angebote auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene. Nach Möglichkeit wird Fortbildung mit berufsfeldbezogener Forschung verknüpft.

Anmeldung zur Fortbildung von KindergartenpädagogInnen:
weiterhin über PH-Online oder per Mail nach vorheriger Immatrikulation (Pflicht).

Die Angebote orientieren sich am konkreten Bedarf und beziehen sich insbesondere auf Förderung der personalen und erzieherischen Kompetenz Förderung der fachlichen Kompetenz, Unterstützung und Impulse in der Entwicklung von Unterricht, Erziehung und Bildung, Förderung der Führungskompetenz, Begleitung und Unterstützung in der Entwicklung der Organisation

Programmheft Gesamt: [Download](#) 4,3 MB

Programmteil Kindergartenpädagogik: [Download](#) 0,9 MB

Wir bitten Sie, bei Interesse für den Lehrgang so rasch als möglich mit dem Sekretariat für die Weiterbildung Kontakt aufzunehmen, damit die weiteren Schritte für die Inskription in die Wege geleitet werden können (Datenerhebung, Immatrikulation, Nachweis der Zulassungsvoraussetzungen etc.).

Sekretariat für Weiterbildung:

T: +43 316 581670-28 (Rosa Weingartmann)

M: igp@kphgraz.at

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN (OHNE PH'en)

Übersicht

BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

Übersicht BAKIP's

Übersicht Aus- &
Fortbildung an
BAKIP's

Kolleg für Kindergartenpädagogik an der BAKIP10

Mit dem Wintersemester 2010 startet an der Bakip 10 ein fünfsemestriges Kolleg für Kindergartenpädagogik. Dieses schließt mit der Diplomprüfung für Kindergartenpädagogik ab und ermöglicht den Zugang zu den Berufsfeldern Kindergarten, Kinderkrippe, Kindergruppe, Privathaushalte, Tagesmutter/-vater und Freizeiteinrichtungen.

Ein fixer Tag /Woche, Dienstag, 8.00 bis 17.00

Zwei fixe Abende/ Woche, Mittwoch und Freitag, 18.00 bis 22.00

Samstag- bzw. Wochenendblöcke im Ausmaß von 64 Stunden/Semester

Eignungsprüfung:

Bei der Eignungsprüfung werden die musikalische Bildbarkeit, die motorischen Fähigkeiten und die Beweglichkeit, die Bildbarkeit im Bereich des kreativen Gestaltens sowie die soziale Kontakt- und verbale Kommunikationsfähigkeit überprüft.

Termin der Eignungsprüfung: 17. April 2010, 8.00 bis 13.00

Sie erhalten nach dem Einlangen Ihrer Anmeldeunterlagen bis spätestens 1. April 2010 alle für die Eignungsprüfung erforderlichen Informationen zugesandt.

Anmeldungen: Vom 8. Februar bis 26. März 2010, täglich von 9.00 bis 11.00 persönlich oder auf dem Postweg.

Kosten: Euro 0,00 kein Schulgeld

Kursdauer: auf Anfrage

Kursort: auf Anfrage

Voraussetzungen:

Matura/Reifeprüfung/Berufsreifeprüfung/Studienberechtigungsprüfung und positiv abgelegte Eignungsprüfung sind die Voraussetzungen um an einem Kolleg für Kindergartenpädagogik teilnehmen zu können.

Emässigungen: Wir sind eine öffentliche Schule, es ist kein Schulgeld zu bezahlen. Es fallen jedoch Anschaffungskosten für Musikinstrumente (Gitarre und Flöte), Bücher, Arbeitsmaterialien sowie Kosten für Schulveranstaltungen an.

Veranstalter:

Bundes BA für Kindergartenpädagogik, Wien 10

Ettenreichgasse 45c, 1100 Wien

Telefon: 01/604 81 54

Fax: 01/604 81 54 -4

E-Mail: sek2.baki10@910810.ssr-wien.gv.at

Website: <http://www.bakip10.schule.at>

vom waff anerkannter Bildungsträger

<http://admin.weiterbildung.at/Preview/Default.aspx?id=633068&guid=57052480FC6C45AAA1D91F637111F774&IdDates=>

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

Vereinbarung gemäß
Art. 15a B-VG über die
Einführung der
halbtägig kostenlosen
und verpflichtenden
frühen Förderung in
institutionellen
Kinderbetreuungseinrichtungen.

Bundesländerübergreifender
BildungsRahmenPlan
für elementare
Bildungseinrichtungen
in Österreich -
Endfassung, August
2009

Bildungsplan-Anteil
zur sprachlichen
Förderung in
elementaren
Bildungseinrichtungen
Aktualisierte Version,
Juni 2009

Modul für das letzte
Jahr in
elementaren Bildungseinrichtungen

Leitfaden für die
häusliche Betreuung
sowie die Betreuung
durch Tageseltern

Bildungspläne für
Elementarpädagogische
Einrichtungen in
Österreich

Empfehlungen der
ExpertInnen-Gruppe
vom 18.12.2009 zur
PädagogInnen-
Ausbildung Neu

Ergänzende Expertise
zu LehrerInnenbildung
NEU. Die Zukunft der
pädagogischen Berufe

BILDUNGSPOLITIK

Österreich darf nicht Niederösterreich werden

DiePresse.com

Hannes Androsch wettert gegen Schrebergarten-Denken und droht mit einem Volksbegehren. Androsch beklagte, dass die Unis seit 20 Jahren systematisch ...

BM:UKK / BMWF

[BM:UKK-Homepage](#)

[BMWf Homepage](#)

Mittagsjournal, 20.10.2010 - Lehrerausbildung Neu

Ein Zusammenführen der Vorteile von Unis und Pädagogischen Hochschulen. Das ist der Kern der Reform, so Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ). ...

→ [Audio als mp3](#)

→ [Externer Player](#)

Neue Lehrerausbildung bis Jahresende geplant

DiePresse.com

[WIEN/pö]Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP) wollen die Lehrerausbildung auf neue Beine stellen: Alle ...

Einheitliche Pädagogenbildung

derStandard.at

Die beiden Bildungsministerinnen Karl und Schmied waren sich heute bei der Präsentation der neuen Lehrerausbildung einig. Wien - Bei der Bildungsreform gibt ...

Lehrerausbildung Neu

ORF.at -

Bildungsministerin Claudia Schmied (SPÖ) und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP) basteln an einer Reform der Ausbildung der heimischen Lehrer. ...

Neue Lehrer-Ausbildung auf Uni-Niveau

Kurier

Die neue Ausbildung zum Lehrer soll bis Jahresende stehen und nach dem Bologna-Modell erfolgen. Voraussetzung für den Berufseinstieg als Lehrer ist künftig ...

Bildungsministerin Schmied zu Lehrerbildung NEU: Attraktive Perspektiven für ...

APA OTS (Pressemitteilung)

Wien (OTS/SK) - Die "Herbstaktivitäten zur LehrerInnenbildung NEU" präsentierten heute, Mittwoch, Bildungsministerin Claudia Schmied und ...

BM Claudia Schmied: Jetzt die notwendigen Reformen im Bildungssystem umsetzen

APA OTS (Pressemitteilung)

Wien (OTS/SK) - Bildungsministerin Claudia Schmied hat gestern, Dienstag, im Rahmen einer Buchspräsentation unterstrichen, dass die notwendigen Maßnahmen im ...

BM Claudia Schmied und BM Beatrix Karl stellen Herbstaktivitäten zur ...

APA OTS (Pressemitteilung)

Wien (OTS) - "Die Qualität und Chancengerechtigkeit des österreichischen Bildungssystems stehen im Zentrum unserer politischen und gesellschaftlichen ...

→ **Siehe auch: BM Claudia Schmied und BM Beatrix Karl stellen Herbstaktivitäten zur LehrerInnenbildung NEU vor - Zwischenbilanz zum breiten Kommunikationsprozess**

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

St.Pölten: Debatten um Bildung und Finanzen

ORF.at

St. Pölten war am Dienstag so etwas wie das Zentrum der österreichischen Innenpolitik. Die Finanzreferenten der Länder tagten, und es gab weitere ...

Verhandlungspause - Schmied: „Ball bei Ländern“

tt.com - [Wo's Click macht](#)

Der Landeshauptmann würde dabei rein zu einem durchführenden Organ verkommen, dem alles seitens des Unterrichtsministeriums vorgegeben werde, ...

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen

LH Dörfler und LHStv. Scheuch: Doppelgleisigkeiten im Bildungssystem abschaffen - Reformen sind dringend notwendig

Klagenfurt (OTS/LPD) - Die laufende Bildungsdebatte sei nur bedingt zielführend, betonten heute, Mittwoch, Landeshauptmann Gerhard Dörfler und Bildungsreferent Uwe Scheuch. Statt über Inhalte und die Abschaffung von Doppelgleisigkeiten im Bildungssystem zu reden, gehe es derzeit zuviel um die Erhaltung von Macht und Einfluss. "Mir fehlt bei vielen das Commitment, überhaupt etwas ändern zu wollen. Dabei wäre eine schlankere, flexiblere Schulverwaltung unbedingt notwendig. Nur so kann die Bildungsqualität gesteigert werden", stellte Scheuch fest.

Einige der Landeshauptleute und Bundespolitiker würden die Debatte aber nur zur Darstellung ihres Egos missbrauchen, wodurch die Debatte unnötig emotionalisiert werde. "Ob Onkel oder Neffe, ob diese oder jene Partei, ob Land oder Bund - wichtig ist, dass endlich etwas passiert. Der Reformbedarf in der Bildung ist bereits so groß, dass Reformen umgehend angegangen werden müssen", so der Bildungsreferent. Er, Scheuch, habe Bundesministerin Schmied bereits mehrmals angeboten, dass Kärnten Modellregion für eine verschlankte Bildungsverwaltung sein könne.

Kärnten ist offen, was Reformen betrifft. Sowohl das Modell "Verlängerung" als auch eine "Verbundung" (Zusammenlegung der Bildungskompetenzen beim Bund) wäre möglich, so die beiden Regierungsmitglieder. Unerlässlich für eine höhere Effizienz sei allerdings, dass Personal und Budget in einer Hand gebündelt würden. Grundvoraussetzung sei vor allem die Flexibilisierung im Lehrerdienstrecht, um die Bildungsqualität für die Schülerinnen und Schüler zu erhöhen.

"Familienstrukturen haben sich geändert, ich sehe daher die Zukunft in der Ganztageschule bzw. in ganztägigen Angeboten und in einer gemeinsamen Schule", sagte Familienreferent Dörfler. Auch in diesem Bereich gebe es derzeit mit Hort und schulischer Nachmittagsbetreuung Doppelgleisigkeiten, die bereinigt werden müssen. "Damit Lehrerinnen und Lehrer aber überhaupt am Nachmittag für den Unterricht eingeteilt werden können, muss das Lehrerdienstrecht flexibler gestaltet werden," ergänzte der Landeshauptmann.

Dörfler spricht sich im Hinblick auf die aktuellen Verhandlungen mit dem Bund klar gegen Alleingänge einzelner Bundesländer aus, die sich in Wien als Verhandlungspartner vordrängen, aber nicht die Interessen aller vertreten.

Rückfragehinweis:

Kärntner Landesregierung, Landespressedienst
Tel.: 05- 0536-22 852

<http://www.ktn.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/13/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen:

KO-StV. Königsberger: Schwere Gesetzesmängel bei der Personenbeförderung sind zu beheben - Sicherheit der Kinder in Omnibussen muss erhöht werden

St. Pölten (OTS) - "Bereits ein frontaler Aufprall mit 15 km/h kann für ein nicht in einem Kindersitz angeschnalltem Kind tödlich enden. Ein Aufprall mit 50 km/h entspricht einem Sturz aus dem dritten Stock und ein ungesichertes Kind wird mit dem 30-fachen seines Körpergewichtes im Fahrzeug nach vorne katapultiert - trotzdem sieht der § 106 KFG bei der Beförderung von Kindern unter drei Jahren in Omnibussen mit mehr als 8 Sitzplätzen zum Kindergarten keine wie immer geartete Kindersicherung vor, obwohl diese Kinder mit diesen Fahrzeugen befördert werden dürfen", sagt FPNÖ Verkehrssprecher Erich Königsberger.

"Es klingt geradezu abstrus, dass Eltern diese Kinder im eigenen Fahrzeug gut gesichert zur Bushaltestelle bringen, widrigenfalls zu Recht hohe Verwaltungsstrafen und einen Vormerkpunkt erhalten, dann aber die Kinder in Fahrzeugen der Klassen M2 und M3 ungesichert zum Kindergarten gefahren werden dürfen. Dieser Mangel im Kraftfahrsgesetz setzt unsere Kinder einem erhöhten Verletzungsrisiko (bis hin zu tödlichen Ausgang) aus und gehört schnellstens repariert", so der LAbg. weiter.

"Unhaltbar ist auch, dass Schülertransporte sogar mit Omnibussen ohne enthaltene Sicherheitsgurten befördert werden dürfen, auch hier besteht sofortiger Handlungsbedarf", so Königsberger fortfahrend.

"Während das Gesetz die Beförderung von Kindern in Pkw`s, Kombis und Lkw`s bis 3,5 t höchstzulässigen Gesamtgewicht sehr gut regelt und die Verwendung von geeigneten Rückhalteinrichtungen der Klassen 0 - III vorschreibt, sind gerade die am meisten eingesetzten Fahrzeuge für die Beförderung zum Kindergarten und Schule davon ausgenommen. Hier hat der Gesetzgeber sofort einzugreifen und ich habe deswegen bereits einen entsprechenden Antrag zur Behandlung im NÖ Landtag eingebracht, um bei BM Bures eine dementsprechende Novellierung des

Kraftfahrgesetzes einzufordern - im Interesse der Sicherheit unser Kinder im Straßenverkehr", so LAbg. Königsberger zum Schluss.

Rückfragehinweis:

Freiheitlicher Klub im NÖ Landtag

Tel.: 02742900513441

<mailto:post.fpkclub@noel.gv.at>

www.fpoe-noe.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/6689/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Bildung: "Weg von der Misch-Kompetenz"

ORF.at

... die Forderung der Länder, die lautet: die Grundsatzgesetzgebung in Sachen Bildung soll beim Bund bleiben, die Ausführung an die Länder übergehen. ...

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen:

Ärger über Kinderbetreuungsgesetz

ORF.at

Die Kinderfreunde erwarten, dass in den Betreuungseinrichtungen die Gruppen in den ... Die Kinderfreunde fordern jetzt, dass die Mindestkinderzahl für eine ...

Appell an Hummer - "Betreuungsgesetz wird zur Belastung für Pädagogen"

Krone.at

Nachdem die Pädagogen am kommenden Freitag vor dem Landhaus auf die Barrikaden steigen wollen, warnen jetzt auch die "Kinderfreunde" vor der Belastung von ...

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen:

Kinderbetreuungsangebot in Rif erweitert und Qualität verbessert

Eberle: Zahl der Kinderbetreuungsplätze in Hallein ist in den vergangenen zehn

Jahren von 399 auf 682 gestiegen

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen:

Ein Pakt noch ohne Grausames

[Kleine Zeitung](#)

Ein regionaler Bildungsplan soll die Steiermark zum "Bildungsvorzeigeland" machen, daran sollen besonders die Schulpartner mitwirken. ...

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen:

Mehr mobile Pflege, Bildung bleibt Zankapfel

[ORF.at](#)

Nur bei der Bildung spießt es sich. LH Günther Platter zeigte sich nach der ersten Verhandlungsrunde im Bundeskanzleramt grundsätzlich zufrieden. ...

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen:

Experten diskutierten über Armut im Land

[ORF.at](#)

Einig waren sich die Teilnehmer, dass in Sachen Kinderbetreuung einiges getan werden muss, damit Alleinerziehende nicht in die Armut abrutschen bzw. beide ...

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen: keine

ELEMENTARBILDUNG

Religiöse Entwicklung: Die ersten Jahren entscheiden

Utl.: Vorstellung des neuen "Religionspädagogischen Bildungsrahmenplans" für die katholischen Kindertagesheime bei Pressekonferenz in Wien =

Wien (OTS) - 19.10.10. (PEW) "Kinder sind religiös begabt. Es gilt, die lernintensiven ersten Lebensjahre zu nützen, um ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung auch auf religiösem Gebiet zu fördern": Dies betonte Generalvikar Msgr. Franz Schuster am Dienstag im "Club Stephansplatz 4" der Erzdiözese Wien bei einer Pressekonferenz zur Vorstellung des neuen "Religionspädagogischen Bildungsrahmenplans" für die katholischen Kindertagesheime. Unter wissenschaftlicher Begleitung der Linzer Religionspädagogin Silvia Habringer-Hagleitner wurde in dem Rahmenplan die Frage herausgearbeitet, wie Pädagogen Kinder begleiten müssen, damit - das auch in der UN-Kinderrechtskonvention verankerte - "Recht von Kindern auf Religion" wirksam wird. Ein besonderer Akzent des Rahmenplans liegt auf dem Umgang mit religiöser Vielfalt. Der "Religionspädagogische Bildungsrahmenplan" ist für die mehr als 75 Kindergärten der St. Nikolaus-Kindertagesheimstiftung der Erzdiözese Wien verbindlich. Der Geschäftsführer der St. Nikolaus-Stiftung, Elmar Walter, sagte bei der Pressekonferenz wörtlich: . "Der Plan ist eine Hilfe zur Menschwerdung, Kinder brauchen Raum, um zu fragen und zu reden. Der "Religionspädagogische Bildungsrahmenplan" ist ein Baustein dazu." Walter verlieh auch seiner Freunde darüber Ausdruck, dass das Land Burgenland den "Religionspädagogischen Bildungsrahmenplan" für alle Kindergärten im Land übernommen hat.

Der "Religionspädagogische Bildungsrahmenplan" geht von der Fähigkeit von Kindern aus, Transzendenz zu spüren. Aus der Notwendigkeit heraus, diese natürliche Fähigkeit der Kinder zu fördern und den Pädagoginnen und Pädagogen die entsprechenden Rahmenbedingungen in ihrem Arbeitsumfeld zu liefern, entstand das Projekt "Religionspädagogischer Bildungsrahmenplan". Verantwortlich zeichneten die St. Nikolaus-Stiftung und die Caritas der Diözese Linz.

Zusätzlich flossen Erkenntnisse einer Arbeitsgruppe der interdiözesanen katholischen Arbeitsgemeinschaft für das Kindergartenwesen in Österreich mit ein. Der Bildungsrahmenplan ist in zehn Bildungsbereiche gegliedert. Die jeweiligen Schwerpunkte werden von den drei Seiten, den Kompetenzen der Kinder, der Haltung der Pädagogen und der Bildungspartnerschaft mit den Eltern, beleuchtet.

Die Auseinandersetzung mit spirituell-religiösen Fragen regt Kinder

an, ihre eigenen Wertvorstellungen zu klären. Religiöse Erzählungen, Symbole und Rituale fördern eine positive Lebenseinstellung und ein soziales Miteinander, so Elmar Walter: "Das Wissen, warum in Österreich welche Feiertage gefeiert werden, ist genauso Teil der Werteerziehung wie die Stärkung der Bereitschaft zum interreligiösen Miteinander".

Sr. Petronilla Herl, Vorstand der Vereinigung katholischer Kindertagesheime: "Kinder erleben im Kindergarten vielfältige religiöse Traditionen. Die Begegnung mit fremden Vorstellungen weckt ihre Neugierde, das Unbekannte auch kennen zu lernen und stärkt ihren offenen Umgang." Die Umsetzung des "Religionspädagogischen Bildungsrahmenplans" erfolgt österreichweit in mehr als 700 katholischen Kindergärten und Horten mit 39.000 Kindern.

In der Erzdiözese Wien gibt es insgesamt 150 katholische Kindergärten und Horte mit 12.000 Kindern, die von rund 1.300 Pädagoginnen und Pädagogen betreut werden. Die wichtigsten Grundsätze sind die umfassende Wertschätzung jedes Menschen in seiner Einzigartigkeit vor dem Hintergrund des christlichen Menschenbildes sowie das Bemühen um grundlegende Offenheit und Akzeptanz anderer. (Infos: Elmar Walter, Tel. : 0664/824 36 77 , E-Mail: e.walter@kathkids.at). (ende)

Rückfragehinweis:

St. Nikolaus-Kindertagesheimstiftung
in der Erzdiözese Wien
Elmar Walter
Favoritenstraße 4-6/1, A-1040 Wien
M +43 664 824 36 77
E e.walter@kathkids.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/10861/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

[→ Siehe auch: Religionspädagogischer BildungsRahmenPlan](#)

GENDER

Das "Herrenhaus"* Europa - Was bringen die ewigen Statistiken über Geschlechterungleichheiten, wenn sich faktisch nichts ändert?

Alle Jahre wieder, in mehreren Varianten, festgemacht an unterschiedlichen Variablen, wird die "statistische Entzauberung"*** der Geschlechter durch verschiedene Institutionen präsentiert. Der [Gender Gap Report](#), veröffentlicht vom World Economic Forum vergangene Woche, zeigt

unter anderem, dass in der Gleichstellungspolitik innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten erhebliche Diskrepanzen bestehen. In keinem Land der EU ist Gleichstellung wirklich erreicht, obwohl Gleichstellungspolitik in der EU 52 Jahre alt ist.

Den Ausgangspunkt etwa zur Lohngerechtigkeit zwischen den Geschlechtern stellte der Römische Vertrag dar. Kein Mitgliedsstaat, so das deklarierte Ziel, sollte durch billige Frauenlöhne einen Wettbewerbsvorteil gegenüber einem anderen Staat mit geringer Frauenerwerbsbeteiligung und entsprechend weniger billigen Arbeitskräften haben. Und obwohl dieser Passus dem zentralen Ziel der Wirtschaftsfreiheit in einem gewissen Markt untergeordnet ist und durch eine Reihe von Verträgen ergänzt wurde, ist er bis heute nicht verwirklicht.

Endlosschleife Gleichstellung

Alle Regierungen, auch die österreichische, scheinen sich unter dem Druck der Wirtschaftsverbände schwer damit zu tun, diesen Ansatz der EU konkret umzusetzen. Eine Konsequenz daraus: Die Debatten über die Umsetzung der Gleichbehandlungsrichtlinien sind endlos.

Wir schreiben den zehnten Monat des Jahres 2010. Die RegierungschefInnen der EU schrieben im Jahr 2000 im Rahmen der [Lissabon-Strategie](#) fest, dass die Frauenerwerbsquote von 55 Prozent im Jahr 2000 auf 60 Prozent bis zum Jahr 2010 erhöht werden sollte. Dies geschah nur in wenigen EU-Ländern und geht auf Kosten der Qualität und eigenständiger Existenzsicherung. UnternehmerInnen beantworten die verstärkte Nachfrage der Frauen nach bezahlter Arbeit mit kostensenkenden Flexibilisierungs- und Prekarisierungsstrategien. Frauen arbeiten verstärkt in den unteren Segmenten des Arbeitsmarktes: In Teilzeitarbeitsverhältnissen, als Saisonarbeiterinnen, Dienstbotinnen, Heimarbeiterinnen, Billiglohnkräfte bis hin zur unbezahlten Arbeit.

EU-Programm ändert wenig

Arbeitslosigkeit von Frauen ist zudem in fast allen EU-Ländern höher als die der Männer. Außerdem haben Frauen nach wie vor beim Zugang zu qualifizierten Ausbildungsplätzen nach wie vor schlechtere Karten, und das obwohl die schulischen Leistungen junger Frauen oft besser sind als die junger Männer. An den Universitäten ein ähnliches Bild: Das "Programm zur Förderung der Chancengleichheit in der Beschäftigung und der beruflichen Bildung" der EU konnte an der Tatsache, dass Frauen auf zu wenig Ausbildungsgänge und Studienfächer konzentriert sind, wenig ändern.

Die Senkung der Produktionskosten durch Einsparen von Lohnnebenkosten hat nicht nur Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Diese zwingt Frauen überproportional zur Annahme von Erwerbsarbeit um jeden Preis. Darüber hinaus verhindert die Zunahme der prekären Beschäftigungsverhältnisse die Aufhebung des geschlechtsspezifisch geteilten Arbeitsmarktes, hemmt die berufliche Entwicklung von Frauen und verzögert eine Übernahme von Familienpflichten durch Männer.

Das "Zwei-Verdiener-Modell" soll das "Alleinernährer-Konzept" ablösen, geht es nach der Lissabon-Strategie. Nun haben wir es mit einer modernisierten Variante des "Alleinernährerkonzepts" zu tun: Ein in Vollzeit beschäftigter Mann und eine teilzeit- oder geringfügig beschäftigte Frau. Auch die Kinderzahl beeinflusst die Erwerbstätigkeit der Frau

weiterhin, jedoch nicht die des Mannes - und zwar EU-weit.

Vorkauen von Statistiken

Was neben den "statistischen Entzauberungen" bleibt, sind fehlende Rahmenbedingungen und Verhaltensstrukturen. Es besteht kein Zweifel daran, dass statistische Erhebungen die Grundlage für Notwendigkeiten von (Ver-)Änderungen darstellen. Auch führen Statistiken Frauen aus ihrer subjektiv empfundenen Benachteiligung zu einer objektiven Größe, und lassen Einzelschicksale als Massenphänomen erkennen. Allerdings ist der Zenit an statistischen Darstellungen erreicht. Wie oft wollen sich die EU-Regierungsspitzen noch vorkauen, wie es um die Lage der Gleichstellung bestellt ist?

Es bedarf endlich einer Umsetzung von Konzepten zur Geschlechtergerechtigkeit - zuerst wohl in den Köpfen der EuropäerInnen, möglichst bald aber in den Strukturen und Rahmenbedingungen. Der politische Wille und halbwegs emanzipierte PolitikerInnen sind allerdings Grundvoraussetzungen dafür. (Sandra Ernst-Kaiser, *dieStandard.at* 19.10.2010)

* Die Bezeichnung für die EU als "Herrenhaus" wurde von der deutschen Sozialwissenschaftlerin Susanne Schunter-Kleemann, die sich eingehend mit der Europäischen Union befasst hat, geprägt.

** Robert Musil beschrieb im "Mann ohne Eigenschaften" die "statistische Entzauberung" der Wiener-Moderne(n).

<http://diestandard.at/1287099431876/Kommentar-Das-Herrenhaus-Europa>

KINDERRECHTE

Kinder gehören nicht ins Gefängnis - Petition: UN-Kinderrechtskonvention soll in österreichischer Verfassung verankert werden

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

am 6. Oktober 2010 wurden zwei gut integrierte, achtjährige Mädchen von ihrer kranken Mutter getrennt, ins Gefängnis gesteckt und mit ihrem Vater in den Kosovo abgeschoben. Es kann für die Sicherheit der Republik nicht notwendig sein zwei Kinder von ihrer Mutter zu trennen und mit Gewalt außer Landes zu schaffen. Wir dürfen nach so einem Fall jetzt nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, denn aus unserer täglichen Arbeit wissen wir, dass dies kein Einzelfall ist.

Die ständigen Verschärfungen des Asyl- und Fremdenrechts haben dazu geführt, dass die Gesetze selbst für RechtsexpertInnen kaum mehr verständlich und auch für die Behörden nicht mehr eindeutig anwendbar sind. VertreterInnen der Polizei beharren darauf, dass die Vorgehensweise rechtmäßig und unvermeidbar gewesen sei. Wenn es aber die Rechtslage erfordert, Familien auseinander zu reißen und kleine Kinder frühmorgens mit gezücktem Sturmgewehr aus den Betten zu holen, um sie abschieben zu können, dann gehören diese Gesetze geändert.

Über alle Parteigrenzen hinweg fordern wir daher das Bekenntnis, dass Kinder nicht ins Gefängnis gehören.

Es ist nur schwer zu begreifen, dass gut integrierte Familien, deren Kinder den größten Teil ihres Lebens in Österreich verbracht haben, und die besser Deutsch als ihre Muttersprache sprechen, kein humanitäres Bleiberecht erhalten. Bleiberecht darf nicht zum Lotteriespiel verkommen. Denn nicht nur im aktuellen Fall der Familie K. wurden offensichtlich anerkannte Menschenrechte verletzt und gegen die Kinderrechtskonvention verstoßen. Österreich hat zwar die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen bereits im Jahr 1992 ratifiziert, an eine Verankerung im Verfassungsrang für Kinder im Asyl- oder Bleiberechtsverfahren wurde aber nicht gedacht. Die Kinderrechtskonvention verlangt den Vorrang des Kindeswohls bei jeder Form staatlichen Handelns und sieht ausdrücklich den Schutz von Kindern im Asylverfahren und Fremdenrecht vor. Das Vorgehen der Polizei, die Zerreißung von Familien durch Einsperren und getrennte Abschiebung zeigen aktuell die Missachtung dieses Grundsatzes. Daher weisen wir Sie darauf hin, dass die Rechte der Kinder für alle Kinder gelten müssen und über die Standards der europäischen Menschenrechtskonvention hinausreichen.

Sie haben es in der Hand!

Wenn Sie nicht wollen, dass weiterhin Kinder in Gefängnissen landen, dann sollten Sie die Kinderrechtskonvention endlich uneingeschränkt in die Verfassung aufnehmen.

Wenn Sie nicht wollen, dass weiterhin Kinder in Schubhaft landen und Familien auseinandergerissen werden, dann müssen Sie ein Zeichen setzen und ein neues Fremdenrecht fordern.

Michael Chalupka
Direktor Diakonie Österreich

Michael Landau
Caritasdirektor der Erzdiözese Wien

Christian Moser
Geschäftsführer SOS-Kinderdorf Österreich

Heinz Patzelt
Generalsekretär Amnesty Int. Österreich



KINDER gehören
NICHT ins
GEFÄNGNIS

Ein Zeichen setzen!
www.gegen-unrecht.at

MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION

Missbrauch des Staates - Die Empörung über die Abschiebung von Kindern hält an. Korrektur in Einzelfällen kann den Kurswechsel nicht

ersetzen. Eine großzügige Bereinigung langjähriger Asylverfahren scheint angemessener als Abschiebung integrierter Kinder.

Von [Claus Reitan](#)

Ein solch beschämendes Schauspiel wird in Friedenszeiten wohl nur selten inszeniert: Der Staat geht mit den stärksten seiner Mittel, Gesetz und Gewalt, auf einige der Schwächsten los, nämlich Schulmädchen. Sie hätten das Land zu verlassen. Empörung und Aufruhr unter den aufrechten Gemütern des Landes haben sich noch nicht gelegt, ganz im Gegenteil: Diese Bundesregierung ist den Betroffenen und der Öffentlichkeit noch einiges an Erklärungen und Klarstellung schuldig, schließlich wohl auch eine Besserung der Gesetzeslage und ihrer Anwendung.

Auch für dieses politische Erfordernis gilt die Erfahrung, wonach gerade größere Strecken in mehreren Schritten zurückzulegen sind. Um genau diese geht es, denn weitere derart groteske und verstandeswidrige Abschiebungen sind zu unterlassen, will sich Österreich als Staat mitsamt seinem Beamtenapparat nicht fortgesetzt als stupides, gedanken- und bedenkenlos agierendes Monstrum präsentieren.

Falsche Quellen richtiger Feststellungen

Das Asyl- und das Fremdenrecht, die beide voneinander zu trennen und dann auseinanderzuhalten sind, eignen sich keineswegs für jenen Zweck, für den sie von manchen genutzt werden: als Kampfplatz im politischen Wettbewerb.

Es gab und gibt problematische Fälle. *Einerseits, weil das Asylrecht und Rechtsmittel über Gebühr strapaziert wurden, andererseits, weil Abschiebungen vorgenommen wurden, wo mancher noch Asyl oder Bleiberecht gewährt hätte. Wobei zu sagen ist: Beides probiert, kein Vergleich. Ungerechtfertigter oder ungesetzlicher Aufenthalt ist eine Bagatelle im Vergleich zur unmoralischen, inhumanen und inakzeptablen Abschiebung kleiner Mädchen und dem Trennen von Familien. Das politische Problem liegt ja woanders, nämlich im Umstand, dass in den vielen langen Jahren der Asyldebatte keine der tatsächlichen Schwierigkeiten jemals offen und sachlich angesprochen werden konnte. Die politischen Streitparteien haben es sich verboten, auch nur den Bruchteil einer Wirklichkeit oder Wahrheit dann anzuerkennen, wenn dieser zuerst von einem politischen Gegner ausgesprochen worden war. Im Klartext: Alle Guten verschwiegen sich über das Missliche und Missbräuchliche im Asylwesen, denn damit hätte man ja in irgendeinem Punkt der FPÖ recht gegeben. Und das dürfe nicht sein. Ja, man hat sich sogar der Kritik an Medien und am Medienwesen enthalten, solange diese mit jenen Schicksalen titelten, die gegen die Regierung ins Treffen geführt werden konnten.

Dennoch hat sich, teils ignoriert, teils im Verborgenen wachsend, Missmut über Missbrauch des Asylwesens aufgebaut. Die Abschiebungen von Elternteilen mitsamt ihren kleinen Kindern sind das Ventil, welches die Regierung geöffnet hat, um diesen Missmut zu entladen. Ein Fehler.

Humanität im Fokus des Asylrechts

So hart es einzelnen Mitgliedern der Bundesregierung auch fallen mag, sie sollten in dieser Gemengelage Großzügigkeit zeigen: All die noch anhängigen Asylcausen sollten in einem einfachen Verfahren bereinigt werden, bei bereits eingesetzter Integration ist auf humanitäres Bleiberecht zu entscheiden. Die Gesetzeslage im Asyl- und Fremdenrecht gilt als nahezu unüberschaubar, die Rechtsprechung als

teilweise widersprüchlich, die Vollziehung als teils nicht verständlich, die Zuständigkeiten von Behörden und von Gerichten als kompliziert und verwirrend. Daraus ist nicht Asylwerbern und ihren Betreuern ein Vorwurf zu machen, sondern konkret dem Nationalrat, der Bundesregierung, einzelnen Ministerien, Magistraten et cetera. Die*se zuletzt Genannten haben einen Zustand herbeigeführt, der niemanden zufriedenstellen kann, der die Betroffenen in Unsicherheit versetzt. So sieht politischer Totalschaden aus. Dieser ist nur zu beheben, wenn das Wechselspiel aus Konkurrenz der Parteien und Folgsamkeit gegenüber Schlagzeilen durch ein neues Modell langfristiger, humaner, auf Menschen fokussierter Politik ersetzt wird.

<http://www.furche.at/system/showthread.php?s=339a6275c1f318580b9f3933e381d5fd&t=3807>



KINDER gehören
NICHT ins
GEFÄNGNIS

Ein Zeichen setzen!
www.gegen-unrecht.at

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-
Aussendungen

Die Regierung kann nun zweieinhalb Jahre ohne Wahlen Reformen angehen. Vor ...

Live-PR.com (Pressemitteilung)

Die Plattform EduCare hat bereits vor Jahren einen Entwurf für ein solches Gesetz vorgelegt. Der Elementarbereich ist drastisch unterfinanziert und schreibt ...

NEUE MITGLIEDER DER PLATTFORM EDUCARE

Leiterin des [K.i.T. - Kindergarten im Theresianum](#) Wien

Kontakt:

Bild

**Ruth
ODEHNAL**

Favoritenstrasse 15
1040 Wien

Tel.: +43 (650) 4673522

E-Mail: ruth.odehnal@theresianum.ac.at

Unterrichtstätigkeit an der [Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik Sacre Coeur Pressbaum](#) und an deren [Kolleg](#): Didaktik, Kindergartenpraxis, Didaktik der Früherziehung und Früherziehungspraxis

Bild

**Andrea
STAUFFER**

Kontakt:

3550 Langenlois

E-Mail: andrea.stauffer@wavenet.at

Kindergarten- und Sonderkindergartenpädagogin, Praxis in einem Integrativen Kinderhaus. Studium der Pädagogik/Erziehungswissenschaften.



**Mag.ª Iris
RADLER-
GOLLNER**

Bildungsmanagerin an der [PGA-Akademie](#), die Aus- und Fortbildungslehrgänge im Gesundheits- und Sozialbereich sowie - in Kooperation mit Universitäten und Fachhochschulen - akademische Studiengänge bietet.

Kontakt:

E-Mail: iris.radler@ottensheim.at



**Elke
PALLHUBER**

Kindergartenpädagogin, B.A.S.E.-Mentorin, Anwenderin im Bereich Kindergarten, Leiterin der [Kinderkrippe der Barmherzigen Schwestern in Innsbruck](#)

Kontakt:

Ing.-Thommen-Strasse 1
6020 Innsbruck

Tel.: +43 (676) 3732600

E-Mail: elke.pallhuber@aon.at

VERWALTUNGSREFORM

Kein Programm für Österreich - Von der Verwaltungsreform bis zur Bildung: Diese große Koalition scheitert

Es war im Juli, als Finanzminister Josef Pröll (VP) ankündigte: "Wir sprechen über ein Paket, das die Zweite Republik noch nicht gesehen hat. Wir wollen nicht haben, dass Emotionen und Wahlkampfpolemik die Qualität dieses Zukunftsprogramms gefährden." Drei Monate und zwei Landtagswahlen später ist klar: Das wird nicht der angekündigte große Wurf.

Die Diskussionen verwandeln sich schon zu Beginn der Verhandlungen zur Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner; Bundeskanzler und Vizekanzler streiten über Pensionserhöhungen; die Ländervertreter haben nicht einmal vier Stunden gebraucht, um sich gegen den Bund durchzusetzen. Mehrjährige Ausgabenrahmen sowie Strafzahlungen für Budgetsünder sind vom Tisch. Den höchsten Schuldenstand unter den Bundesländern hat Niederösterreich. Der derzeitige Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz, Erwin Pröll, hat den Abwehrkampf auch im eigenen Interesse geführt.

Und Pröll kämpft weiter um die Kompetenzen für alle Lehrer, also um mehr Macht. Die Ankündigung von Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) nach der ersten Verhandlungsrunde an der Seite von Erwin Pröll, man habe die Positionen ausgetauscht und auf den Tisch gelegt, klingt schon fast nach Kapitulation. Der Verhandlungsstand vom Dienstag zwischen Ministerin Claudia Schmied und den Ländervertretern ist, weiter darüber zu verhandeln, dass die Schulorganisation künftig in Form der mittelbaren Bundesverwaltung - ähnlich den Bezirkshauptmannschaften - erfolgen soll.

Das ist eine Reform à la Schilda: Man schafft eine zusätzliche Ebene, bläht die Verwaltung weiter auf. Die Auswirkungen einer weiteren Kleinstaaterei im Bildungsbereich würden alle spüren. Bekämen die Länder mehr "Spielraum" bei der Schulorganisation, könnten sie etwa die Länge der Volksschulzeit ändern. Jedes Bundesland müsste dann Nostrifizierungsstellen einrichten, damit Schüler weiterhin in einem anderen Bundesland zur Schule gehen können. Illusionen, diese große Koalition könnte sich doch an eine Verwaltungs- oder gar Föderalismusreform wagen, kann sich jeder nach diesem Auftakt abschminken.

Innerhalb der Regierung wird bereits heftig über die Pensionen gestritten: Der Kanzler lehnt ein Auslaufen der Hacklerregelung "in Bausch und Bogen" ab, Vize Pröll möchte zuerst darüber reden, bevor er über Pensionserhöhungen verhandeln will. Für die Pensionsanpassung hat jedoch der Kanzler bereits Vorgaben gemacht. Und die Seniorenvertreter haben auch noch ein Wörtchen mitzureden. Mit ihnen hat die Regierung am Dienstag Verhandlungen aufgenommen.

Damit genießen sie ein Privileg, das Vertreter der jüngeren Generation und der Bildungselite des Landes nicht gewährt wird: Die Rektoren werden erst nach Abschluss der Budgetverhandlungen von der Regierungsspitze empfangen - das ist ein Affront. Kanzler und

Vizekanzler zeigten sich auch von den Uni-Protesten nicht beeindruckt: Ein Bekenntnis zu mehr Investitionen in Forschung und Bildung war von beiden am Dienstag nicht zu hören.

Wer dann auch noch das Hin und Her in der Ausländerpolitik - einmal Kosovo und zurück - in den vergangenen Tagen verfolgt hat, kann nur zu dem Schluss kommen: Diese Regierung hat weder weder ein Paket noch ein Zukunftsprogramm.

(Alexandra Förderl-Schmid, DER STANDARD, Printausgabe, 20.10.2010)

<http://derstandard.at/1287099532491/Alexandra-Foederl-Schmid-Kein-Programm-fuer-Oesterreich>

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

Kindgemäße Pädagogik -
Veranstaltungen und
Events

Relionsgemeinschaften unterstützen Aktion "Kinder gehören nicht ins Gefängnis"

Die führenden Religionsgemeinschaften Österreichs unterstützen die Aktion „Kinder gehören nicht ins Gefängnis“ von Diakonie, Caritas, SOS-Kinderdorf und Amnesty International.

Warum sie sich dazu veranlasst sehen, erklären Sie in einer gemeinsamen Pressekonferenz.

Ihre Gesprächspartner dabei sind:

Michael **Bünker**, Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich

Manfred **Scheuer**, Bischof der Erzdiözese Innsbruck

Nicola **Dura**, Bischofsvikar der rumänisch-orthodoxen Kirche und Vorsitzender des Ökumenischen Rats der Kirchen in Österreich

Dr. Fuat **Sanac**, Vorsitzender des Schurarates der Islamischen

Glaubensgemeinschaft in Österreich

Israelitische Kultusgemeinde Wien

Zeit: 21.10.2010, 10.30 Uhr

Ort: Evang. Superintendentur, Hamburgerstr. 3, 1050 Wien

Veranstalter: Diakonie, Caritas, SOS-Kinderdorf und Amnesty International

Rückfragehinweise:

Bettina Klinger, Diakonie Österreich, 0664 / 314 93 95, bettina.klinger@diakonie.at

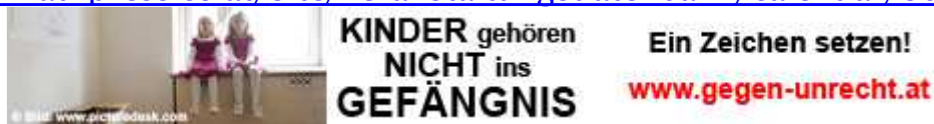
Klaus Schwertner, Caritas Erzdiözese Wien, 0664/8482618,

klaus.schwertner@caritas-wien.at

Mag.(FH) Klaus Schwertner
Pressesprecher
Caritas der Erzdiözese Wien

1160 Wien, Albrechtskreithgasse 19-21
Tel.: 01/878 12-221 Fax-DW: 9221
Mobil: 0664/848 26 18
E-Mail: klaus.schwertner@caritas-wien.at
www.caritas-wien.at

<http://www.kathpress.co.at/site/veranstaltungsdatenbank/calendar/8609.html>



IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.